

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Karsten D. Voigt MdB
zum Sinn der zweiten Phase
des Entspannungsprozesses:
Das Denken „entblocken“
(Teil I) Seite 1

Beate Weber MdEP zum
Welttag der Verbraucher-
rechte: Verbraucher-
Rechte wirksam sichern,
Seite 4

Klaus Wettig MdEP zu den
Erschwernissen beim Flug-
verkehr zwischen europäi-
schen Staaten: Friedrich
Zimmermann, der Ver-
sager. Seite 5

43. Jahrgang / 51

15. März 1988

Das Denken „entblocken“ (Teil I)

Zum Sinn der zweiten Phase des Entspannungsprozesses

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

I.

Im Papier von SPD und SED über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ bekennen sich beide Parteien zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zum Ziel der Entwicklung lebendiger Demokratie. Beide streben die Verwirklichung und die Weiterentwicklung der Menschenrechte in ihrer wechselseitigen Bedingtheit von sozialen, politischen und persönlichen (individuellen) Menschenrechten an: „Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich auf das humanistische Erbe Europas. Beide nehmen für sich in Anspruch, dieses Erbe weiterzutragen, den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen.“

Diese Gemeinsamkeiten führen nicht zur Konvergenz in den gesellschaftspolitischen Konzeptionen. Der Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Konzeptionen darf aber auch nicht zur Ursache von kriegerischen Auseinandersetzungen werden. Insofern geht es für einen noch unabsehbar langen Zeitraum in Europa um die Gleichzeitigkeit von friedlichem Miteinander und dem Wettbewerb zwischen unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Konzeptionen. Streit, Wettbewerb und Kooperation müssen zu gleichermaßen akzeptierten Formen des Umgangs werden.

Europa braucht eine neue Form des Pluralismus und der Toleranz. Diese Toleranz setzt nicht auf gesellschaftspolitische Gleichgültigkeit oder Apathie, sondern auf eine undogmatische Prinzipientreue und ein auch selbstkritisches Engagement. Stalinismus und die Konzeption des roll backs eines John Forster Dulles waren Konzepte des Antagonismus, nicht des Pluralismus. Gesellschaftspolitische Toleranz war diesen Konzepten fremd. Toleranz ist Ausdruck von Selbstbewußtsein und Stärke. Stalin und, in anderer Weise, John Forster Dulles dagegen empfanden sie als Ausdruck von Schwäche.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
6300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
on recycled paper
Recycling-Paper



Der Wettbewerb um den Einfluß ihrer Ideen wird gerade auch zwischen Marxisten-Leninisten und demokratischen Sozialisten andauern. Dieser Wettbewerb setzt die Verhinderung des Krieges und den Willen zur gemeinsamen Sicherheit voraus. Er setzt auch voraus, daß beide Seiten darauf verzichten, Feindbilder aufrecht zu erhalten.

Der friedliche Wettstreit zwischen unterschiedlichen Ideen ist kein Gegensatz zur Entspannungspolitik. Im Gegenteil! Dieser systemöffnende Wettbewerb kann schöpferische Reformkräfte innerhalb beider Gesellschaften freisetzen. Er ist Ausdruck einer neuen dialektischen Einheit von Wettbewerb und Zusammenarbeit. Wir wollen einen Wettbewerb zwischen den Systemen, der die bisher beengte innere Dynamik der beiden Systeme im Sinne ihrer deklarierten humanistischen Zielsetzungen befreit. Wir wollen nicht eine Konvergenz zwischen zwei auf den gesellschaftlichen Status quo fixierten Systemen, sondern eine qualitative Verbesserung beider Systeme durch Reformen. Für Sozialdemokraten wie für Marxisten-Leninisten gilt: das Bekenntnis zum Prinzip der Interdependenz ist nicht gleichbedeutend mit einer gesellschaftspolitischen Konvergenz zwischen den Systemen. Europa muß auf seinem Weg zu einer Europäischen Friedensordnung den Pluralismus unterschiedlicher Systeme akzeptieren und nutzen lernen. Er kann zu einem friedens- und gesellschaftspolitisch schöpferischen Element seiner Verfassung werden. Mit der KSZE-Schlußakte hat Europa bereits die wichtigsten Elemente seiner künftigen Verfassung formuliert. Mit der zweiten Phase der Entspannungspolitik wollen wir den nächsten Schritt hin zu ihrer Verwirklichung gehen.

Europa muß diese neue dynamische Form des Pluralismus erst lernen, nachdem es sich jahrzehntelang an den Status quo des Antagonismus gewöhnt hatte. Den Abbau von Feindschaft zwischen den Blöcken muß die Entblockung des Denkens folgen. Das ist die Logik der KSZE-Schlußakte. Dies ist der Prozeß, der schrittweise zu einer Europäischen Friedensordnung führen soll.

II.

Nicht jede Politik, die den Frieden anstrebt, ist deswegen schon friedlich. Weder heiligt der Zweck die Mittel, noch erzeugt der friedliche Zweck automatisch friedliche Mittel. Frieden setzt voraus, daß beide Systeme zu einer Politik der Kriegsverhinderung und Friedensgestaltung bereit und hierzu systemimmanent im Prinzip auch fähig sind.

Der Krieg war der Arbeiterbewegung seit ihren Ursprüngen verhaßt. Sie erstrebte eine Welt, in der die Entfaltung des einzelnen, die demokratische Organisation von Staat und Wirtschaft, die Selbstbestimmung der Völker gleichzeitig die Voraussetzung für eine friedliche Weltordnung sein sollte. Der Krieg war für die Arbeiterbewegung eine Erscheinungsform der bestehenden Gesellschaftsordnung. Mit dem Sozialismus sollte der Mensch nicht nur von der Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung befreit und damit von seiner Vorgeschichte zur Geschichte geführt, sondern auch von der Pest des Völkerhasses und des Krieges erlöst werden. Internationale Solidarität sollte die Zärtlichkeit der Völker sein, die die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes zu einem System des weltweiten Friedens verknüpfte. Indem die Internationale das Menschenrecht erkämpfte, versuchte sie die Voraussetzungen eines dauerhaften Friedens zu schaffen. Gemeinsamer Frieden und gemeinsame Freiheit waren unauflöslich miteinander verknüpft.

Die säkularisierte Gewißheit eschatologischer Hoffnungen gaben der Arbeiterbewegung Kraft. Die Hoffnung auf Sozialismus verführte aber auch während des Kaiserreiches und der Weimarer Republik dazu, zu wenig nach Möglichkeiten für eine Friedenspolitik im Kapitalismus Ausschau zu halten.

III.

Die sozialistische Hoffnung, daß Freiheit und Selbstbestimmung garantiert seien und Kriege undenkbar würden, dort wo und insoweit als die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihr Staatsapparat überwunden werden, hat sich nicht bewahrheitet. Ich widerspreche denen im Westen, die behaupten, die marxistisch-leninistische Ideologie müsse zu einer expansiven oder aggressiven staatlichen Politik führen. Die heute existierenden sozialistischen Staaten sind friedensfähig. Aber ihre politischen Ziele schließen das Mittel bewaffneter Gewalt und kriegerischer Handlungen nicht aus. Sie besitzen - wie auch kapitalistische Staaten - kein per se friedliches Wesen.

Der Kampf um Macht- und Einflußzonen, wirtschaftliche Interessengegensätze, die Furcht vor territorialen Ansprüchen und vor der Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt hat bisher auch das Verhalten von Staaten untereinander geprägt, die wechselseitig den Anspruch erheben,

sozialistisch zu sein. Eine prinzipielle Änderung dieser Tatsache ist nicht absehbar. Wie zum Beispiel die militärischen Konflikte zwischen der Volksrepublik China und der Volksrepublik Vietnam zeigen, ist der Friede im Gegensatz zum Ideologischen Anspruch auch nicht zum internationalen Prinzip der Beziehungen zwischen Völkern und Staaten mit marxistisch-leninistischen Führungen geworden.

Die Anhänger des Christentums, des Liberalismus, des demokratischen Sozialismus und des Marxismus-Leninismus hofften, daß die Zustimmung zu ihren Zielen auch zu einer dauerhaften Friedensordnung in der Welt führen würde. Diese Hoffnungen haben sich bisher nicht erfüllt.

Die Verbreitung bestimmter Auffassungen und Gesellschaftsordnungen kann den Frieden fördern oder behindern. Aber keine politische Theorie oder Gesellschaftsordnung ist per se in der Lage, die Verhinderung aller kriegerischer Konflikte zu garantieren. So bliebe die Sicherung des Friedens selbst dann eine gegenüber dem Drängen auf Gerechtigkeit und Freiheit eigenständige Aufgabe zwischenstaatlicher Politik, wenn sich der demokratische Sozialismus im Weltmaßstab durchsetzen würde. Das Bekenntnis zu gleichen Überzeugungen kann Konfliktregelungen erleichtern. Aber ähnlich wie zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen ist zwischen Staaten gleicher Gesellschaftsordnungen eine Politik des friedlichen Interessenausgleiches erforderlich, um jegliche Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen zu bannen.

Angesichts der europäischen Geschichte bleibt bemerkenswert, daß die in der Europäischen Gemeinschaft miteinander verbundenen pluralistischen Demokratien bisher nie militärisch gegeneinander interveniert haben.

Ich möchte hinzufügen: Auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht bedarf die dogmatische Polemik zwischen den Systemen einer Revision. Der Kapitalismus ist viel flexibler in der Berücksichtigung und Integration eines Drängens nach mehr sozialer Gerechtigkeit als viele seiner marxistischen Kritiker vorhersahen. Der Sozialismus der osteuropäischen Staaten könnte sich auf Dauer als wesentlich flexibler gegenüber Demokratisierungstendenzen erweisen, als viele Kritiker des Marxismus-Leninismus bisher vermuteten. Es gibt inzwischen nicht mehr nur einen Sozialismus, sondern eine breite Facette unterschiedlicher Sozialismen. Dem entspricht die breite Facette unterschiedlicher kapitalistischer Ordnungen von der Militärdiktatur bis hin zur Demokratie des Königreichs Schweden.

Die beiden Weltkriege und das Bewußtsein von den möglichen Folgen eines künftigen Krieges zwischen Ost und West in Europa - insbesondere wenn dabei Nuklearwaffen zur Anwendung gelangen sollten - haben heute sowohl bei Sozialdemokraten wie auch bei Kommunisten zu einem immer kritischeren Urteil gegenüber der These von Clausewitz geführt, daß der Krieg ein Mittel zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei. Bundeswehr und militärische Bewaffnung werden in der SPD nur noch gerechtfertigt, soweit sie als Mittel der Kriegsvermeidung erforderlich sind. Ähnliche Aussagen gibt es heute von Vertretern der kommunistischen Parteien Osteuropas.

Diese Änderung der Einstellung zum Krieg jeglicher Art entspricht der Veränderung der konventionellen, nuklearen und chemischen Waffentechnologien, die potentiell bei einem Krieg in Europa zur Anwendung gelangen würden. In Anlehnung an die marxistische Terminologie bedeutet dies, daß die Entfaltung der Produktivkräfte und die Weiterentwicklung der Produktionsmittel zur Herstellung neuer Waffentechnologien und damit zu einer qualitativen Veränderung des Kriegswesens geführt haben. Oder wie es in einer im August 1987 von Max Schmidt und Wolfgang Schwarz am IPW herausgegebenen Schrift zu recht heißt: „Auf dem bisher bereits erreichten Niveau der Entwicklung der modernen Produktivkräfte gibt es in Europa kein Zurück mehr zur Vergangenheit - in der Ära der Führbarkeit und Gewinnbarkeit konventioneller Kriege!“

Diese qualitative Veränderung muß im Rahmen der politischen Strategie aller verantwortlichen Politiker in Ost und West eine ebenso grundsätzlich neue Einstellung nicht nur zu militärischen Strategien, sondern erst recht zum Mittel des Krieges selber entsprechen. Eine politische Strategie, die die qualitativen Veränderungen im Bereich der Waffentechnologien nicht berücksichtigte, wäre in ihren Folgen destruktiv und im Sinne marxistischer Theorie dogmatisch. Es gilt auf die Entwicklung qualitativer neuer Zerstörungsmittel mit einer qualitativ neuen Friedenspolitik zu antworten.

(Teil II und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

(-15.3./ks/fr/rs)

* * *

Verbraucher-Rechte wirksam sichern

Zum Welttag der Verbraucherrechte

Von Beata Weber MdEP

Vorsitzende des Verbraucher-Ausschusses des Europäischen Parlaments

Die Länder der Europäischen Gemeinschaft und die EG-Kommission tragen die Verantwortung dafür, daß endlich das Prinzip des weltweiten Schutzes der Verbraucherrechte durchgesetzt wird. Immer noch werden die schutzwürdigen Interessen der Verbraucher, die meist zugleich Forderungen nach verbessertem Gesundheitsschutz sind, weltweit kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Allen Warnungen der Experten zum Trotz lassen es Politiker zu, daß ohne Rücksicht auf künftige Generationen profitorientierte Wirtschaftskreise eine Politik des „Nach uns die Sintflut“ betreiben.

Die Politik muß die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich Verbraucher im Interesse der Mitwelt umweltgerecht verhalten können. Damit die Menschen in anderen Staaten nicht unter dem Wohlstands-Gift der Industriestaaten zu leiden haben, müssen die Politiker für strengere Normen im Produktionsbereich sorgen. Als Beispiele verweise ich auf den andauernden Skandal um die Zerstörung der Ozon-Schicht durch FCKW. Dabei spielen die Länder der Europäischen Gemeinschaft eine besonders unruhliche Rolle, weil sie immer noch nicht wenigstens die von den USA und Japan angestrebten Richtwerte akzeptieren.

Skandalös ist die Tatsache, daß aus Ländern der EG noch immer Produkte der chemischen Industrie und Maschinen in Drittländern verkauft werden, die nicht den für die EG entwickelten Sicherheitsstandards entsprechen. Diese Praxis muß umgehend beendet werden. Entsprechende Initiativen hat das Europäische Parlament bereits formuliert.

Ich verurteile entschieden, daß die EG gelegentlich versucht, ihre Interessen gegen begründete Schutzbestimmungen von Ländern in der Dritten Welt durchzusetzen. Die Drohung der EG gegen Jamaika vom Wochenende, die Nahrungsmittelhilfe zu kürzen, ist unhaltbar. Wenn der Karibik-Staat sich weigert, 500 Tonnen radioaktiv verseuchtes Milchpulver zu verteilen, so ist das sein gutes Recht.

(-/15.3.1988/rs/fr)

* * *

Friedrich Zimmermann, der Versager

Zu den Erschwernissen beim Flugverkehr zwischen europäischen Staaten

Von Klaus Wettig MdEP

Warum ich Friedrich Zimmermann für einen Versager halte: Freitag, 16.40 Uhr, Frankfurt-Flughafen, die Schlange im Terminal C wird länger und länger, dabei wird im wesentlichen nur die Air-France - Flug AF 744 aus Paris abgefertigt. Die beiden Beamten des Bundesgrenzschutzes stört dieses nicht. Der niedere BGS-Rang wird im Kontrolleifer beflügelt durch die Genauigkeit des Kollegen. Drei Sterne auf den Schulterklappen, graue Haare, gut 45 Jahre Lebensalter sprechen für Erfahrung: der Paß der japanischen Ehefrau vor mir wird mit Nicken akzeptiert - zu Damen soll man höflich sein - der Paß des Ehemannes einer strengen Lektüre unterzogen. Zur Überraschung der in der Schlange Wartenden ohne Ergebnis. Ihr Puls hatte schon schneller geschlagen, ihre Neugier war gestiegen: doch die Neugier bekam kein Futter. Nach längerer Kontrolle stand fest: wieder kein japanischer Terrorist an der Grenze gefangen.

In der Schlange bricht deutliches Murren aus, denn in der Mehrzahl sind es Businessleute, die nach anstrengenden Arbeitstagen in Paris schnell über Frankfurt nach Hause wollen. Zwei, drei oder fünf Minuten an der Paß-Kontrolle verloren bedeutet, daß der Anschlußflug oder der IC/EC ab Frankfurt/Hauptbahnhof weg ist.

Und dabei soll sich doch nach dem Willen dieser Regierung Leistung wieder lohnen. Zum Leidwesen der in der Schlange Wartenden, sicher alles treue Kohl-, Strauß- und Genscher-Wähler, gibt es offensichtlich Unterschiede im Leistungsbegriff. Was dem einen - dem in der Schlange Wartenden - als Leistung vorschwebt, ist dem anderen - in der Kontroll-Kabine Sitzenden - ein Greuel.

Dabei wäre es doch so einfach. Mit Schwierigkeiten und längst nicht ausreichend gibt es in Frankfurt eine unterschiedliche Kontrolle für Bürger der Europäischen Gemeinschaft und für andere. Leider führt dieses nicht zu einer schnelleren Abfertigung. Bundesgrenzschutz und Flughafenverwaltung Frankfurt erweisen sich in ihrer Zusammenarbeit als ineffizient. Es sei ihnen ein Besuch in London-Heathrow empfohlen, wo sie studieren können, wie die Paßkontrolle organisiert sein sollte, wenn jemand von Europa nach Europa fliegt.

Anzumerken für Friedrich Zimmermann und seine BGS-Beamten ist dabei auch: Je kleiner der Flughafen, umso penibler die Kontrolle. Wenn die 19sitzige Maschine des LH-172-Fluges aus Brüssel in Hannover landet, sitzt stets ein Paßkontrolleur in seiner Klause. Dabei könnte er vorher die Fahndungsinteressen der Bundesrepublik ohne Zeitdruck abklären, denn die Passagierliste der Lufthansa wird er wohl einsehen können. Wenn er dies täte, hieße sein Ergebnis: drei Mitglieder des Europäischen Parlaments, zwei Angestellte von Peine-Salzgitter, vier Angestellte von VW und fünf solide deutsche Namen, die in keiner Fahndungsliste auftauchen.

Dabei geht es auch anders. Zimmermanns Grenzbeamte haben bei der Grenzkontrolle in der Eisenbahn das richtige Maß gefunden. Überwiegend Sichtkontrolle, selten wird nach dem Paß gefragt, fast niemals muß der Koffer geöffnet werden, wenn es von Europa nach Europa geht.

Nun wird der scharfe Verfolger Friedrich Zimmermann einwenden, daß Kriminele niemals per Bahn oder Auto Grenzen überschreiten, wo die Kontrolle innerhalb der EG am schnellsten erfolgt, sondern stets nur per Luft einreisen. Selbst wenn diese These zuträfe, wäre für Differenzierungen immer noch viel Raum. Warum muß am frühen Sonntagabend ein Flug aus Faro (Portugal) nach Frankfurt so schleppend abgefertigt werden, obwohl nach der Ankunftsafel auch für den dümmsten Grenzkontrolleur erkennbar ist, daß dieser Flug nicht mit Flügen aus Drogenstandorten konkurriert. Außerdem würde die Vorkontrolle der Passagierliste bei vermutetem Verdacht zeigen, daß 99,99 Prozent der Passagiere normale Algarve-Urlauber sind.

Viele von diesen, und viele von den Hunderttausenden, die sonst pro Woche auf deutschen Flughäfen die Grenzen innerhalb der EG überschreiten, erinnern sich an zukunftsorientierte Worte des Bundeskanzler, daß der Grenzüberschritt beschleunigt werden solle usw. Taten folgten diesen Ankündigungen nur beim Grenzüberschritt der Fußgänger, der Autofahrer und des Bahnreisenden, ob ein Grenzübertritt im Trab oder gestreckten Galopp zu besonderen Kontrollproblemen führt, entzieht sich meiner Kenntnis. Auch Schwimmern kann ich keine hilfreichen Hinweise geben.

Was bleibt, ist das Flughafen-Problem. Spötter sagen: Die deutschen Mängel hätten individuelle Ursachen. Bundeskanzler und Minister besäßen eine persönliche Anschauung vom Grenzübertritt auf der Straße, denn gelegentlich reisten sie auch mit dem Auto nach Brüssel. Bei Flügen stünden sie aber niemals in der Schlange. Oder hat neben Ihnen schon einmal ein Minister auf die Paßkontrolle gewartet?

Mag sein, daß diese personalistische Erklärung zutrifft. Für den Bundeskanzler und seinen verantwortlichen Minister sollte jedoch gelten: Zusagen müssen eingelöst werden, egal ob zu Wasser, zu Lande oder in der Luft. Außerdem spricht viel dafür, daß der tägliche Flugpassagier den Regierungsparteien näher steht als meiner Partei.

Deshalb könnte es sein, daß demnächst nicht nur ich sage: „Friedrich Zimmermann ist ein Versager“.

(~/15.3.1988/rs/fr)

* * *